

VelsPol – BW e.V.

NEWSLETTER

DAS MITARBEITERNETZWERK FÜR LESBEN UND SCHWULE IN DER POLIZEI

VelsPol-BW ist Mitglied
im LSBTTIQ-Netzwerk
der Landeshauptstadt Stuttgart

STUTTGART



Weitere AgL berufen
Wirbel um den Aktionsplan
der Landesregierung

Mai 2015



CSD-Gala 2015



Glamouröser als mit der diesjährigen CSD-Eröffnungsgala kann ein Auftakt ins Kulturfestival nicht ausfallen. Am 17.07. werden künstlerische Höhepunkte mit wichtigen gesellschaftspolitischen Botschaften auf spielerische Weise in einer wunderbaren Varieté-Spielstätte verknüpft werden.

Der beste Beweis ist die erstmalige Beteiligung des **Landespolizeiorchesters Baden-Württemberg** an der Show zu Gunsten des CSD-Vereins. Mit Hinblick auf die lange Verfolgungsgeschichte von schwulen Männern, lesbischen Frauen sowie transsexuellen Menschen in Deutschland und der Rolle der Polizei in diesem Zusammenhang hat der Auftritt des Orchesters am 17.07. nicht nur eine künstlerische, sondern auch eine politische Dimension.

In drei Besetzungen sorgen die Profi-Musikerinnen und -Musiker für den musikalischen Rahmen des Abends. Von 19 bis 20 Uhr wird im Saal als Willkommensgruß feinsten Jazz gespielt. Während des ersten Showblocks zieht das Orchester in 30-köpfiger Vollbesetzung alle Register des Big Band-Genres, um im zweiten Teil mit kleiner aber feiner Zusammensetzung zu überzeugen. Einmalige und nicht wiederkehrende Interaktionen mit weiteren Künstlerinnen und Künstlern sind nicht ausgeschlossen.

Die CSD-Eröffnungsgala findet am Freitag, den 17. Juli 2015 im Friedrichsbau Varieté auf dem Pragsattel statt. Neben dem Landespolizeiorchester stehen ab 20 Uhr für den CSD-Verein u.a. Frl. Wommy Wonder, Suchtpotenzial, Ikenna Amaechi, Tim Becker und Chris Kiliano auf der Bühne.

CSD-Gala 2015

VelsPol-BW plant für seine Mitglieder eine gemeinsame Teilnahme an der Eröffnungsgala. In diesem Jahr sorgt das Landespolizeiorchester Baden-Württemberg für die musikalische Umrahmung und da sollten wir präsent sein.

Der Stuttgarter Polizeipräsident wird an der Eröffnungsgala in Begleitung teilnehmen.



Karten sind in folgenden Kategorien erhältlich:

Kategorie 1 = 56,90 Euro

Kategorie 2 = 45,90 Euro

Kategorie 3 = 34,90 Euro

VelsPol-BW wird Karten für die Preiskategorie 34,90 Euro zentral reservieren.

Bitte nachstehend in die DOODLE-Umfrage bis zum 15.05.2015 eintragen.

<http://doodle.com/9vwrvggufyy3mix>

CSD-Parade 2015

Den Höhepunkt der CSD-Kulturwoche bildet ohne Zweifel die Polit-Parade durch die Stuttgarter Innenstadt. Sie ist als politische Demonstration nach dem Versammlungsrecht angelegt und dient dazu, die politischen und gesellschaftlichen Forderungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) öffentlich darzustellen.

VelsPol-Bw wird in diesem Jahr erstmalig, nach vielen Jahren wieder als Fußgruppe dabei sein. Hierdurch ist ein persönlicher Kontakt zu den Zuschauerinnen und Zuschauern besser möglich als auf einem Truck.

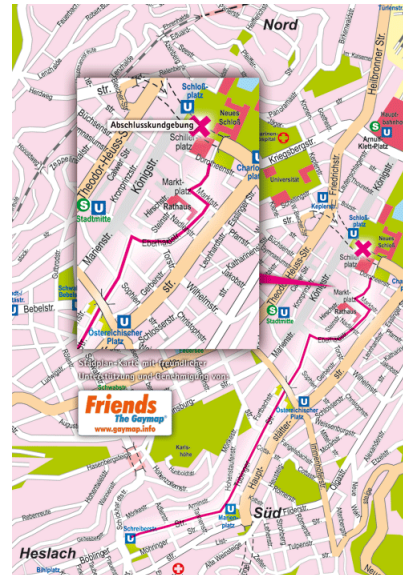
Am Samstag, den 25. Juli 2015 startet um 16 Uhr der bereits neunzehnte Marsch für die vollständige rechtliche Gleichberechtigung und gesellschaftliche Akzeptanz durch die Innenstadt. Die CSD-Demo steht in diesem Jahr unter dem Motto "Akzeptanz! Was sonst?".

Der Zug setzt sich aus meist mehr als 60 Formationen mit etwa 3.500 bis 4.000 aktiven Teilnehmenden zusammen.

Der Parade-Tag selbst hat folgenden zeitlichen Ablauf:

- 13:00 bis 16:00 Uhr –
Aufstellung des Zuges in der Böblinger Straße/Erwin Schöttle Platz
- 16:00 bis 18:15 Uhr –
politische Demonstration durch die Innenstadt

- 18:15 bis 19:00 Uhr –
Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz



Die bewährte Parade-Strecke führt von der Böblinger Straße im Stuttgarter Süden über den Marienplatz, die Tübinger Straße, die Eberhardstraße, die Markt- und Münzstraße zum Karlsplatz. Der Demo-Lindwurm findet mit Redebeiträgen im Rahmen einer Kundgebung auf dem Schlossplatz seinen Schlusspunkt.

Laut offiziellen Polizeiangaben verfolgten im vergangenen Jahr 220.000 Besuchende am Straßenrand die farbenfrohe, friedliche und zugleich politische Demonstration.

Die Christopher Street Day-Veranstaltungen erinnern an den 28. Juni 1969 in New York. An diesem Tag setzten sich erstmals Transvestiten, Transsexuellen, Schwule und Lesben gemeinsam gegen staatliche Willkür und gewaltsame Übergriffe der Polizei zur Wehr. Schmelztiegel war die Bar "Stonewall Inn" in der Christopher Street.

VelsPol-BW - Kulturveranstaltung

Den gesamten Juli über werden vielfältige Veranstaltungen über die aktuellen Belange sowie tatsächlichen Lebensrealitäten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) informieren. Aber auch Kultur, Gemeinschaft und Lebensfreude kommen während der 10-tägigen Programmwoche des Christopher Street Day (CSD)-Festivals nicht zu kurz. Inhaltlicher Dreh- und Angelpunkt ist das diesjährige CSD-Motto "Akzeptanz! Was sonst?".

Die CSD-Woche konzentriert sich auf Veranstaltungen vom 17. bis 26.07.2015.

Die Bandbreite an Terminen reicht von politischen und gesellschaftlichen Diskussionen mit unterschiedlichsten Schwerpunkten über Filmvorführungen, Informations- und Themenabende, Benefizaktionen, Kabarett- und Theatershows, Stadtführungen, Ausstellungen und Gottesdiensten bis hin zu vielfältigen nächtlichen Partyangeboten.

VelsPol-BW wird in diesem Jahr mit einer Informations- und Kulturveranstaltung an zwei Abenden dabei sein. Wir werden uns mit dem Thema Gewalt beschäftigen. Hierzu finden zwei Veranstaltungen am **21.07.2015** und am **23.07.2015**, jeweils um 19.00 Uhr im Polizeipräsidium Stuttgart statt. Zur Einstimmung auf das Thema findet eine Führung durch das Polizeimuseum statt. Die Teilnehmerzahl muss leider pro Veranstaltung auf 20-25 Personen begrenzt werden.

Der Vorstand benötigt hierzu Unterstützung durch die Mitglieder, Freiwillige bitte beim Vorstand melden. Nähere Informationen folgen demnächst.



Werde Mitglied im Mitarbeiternetzwerk - VelsPol-BW, entweder als aktives Mitglied oder als Fördermitglied. Aktives Mitglied kann jede(r) Polizeibedienstete der Polizei Baden-Württemberg und der Bundespolizei, Angehörige der Justiz und Ordnungsämter werden. Eine Fördermitgliedschaft kann durch jede natürliche und juristische Person beantragt werden.

<http://www.velspol-bw.de/46.html>

Mitglied werden!



JETZT AUCH FÜR



Aktionsplan der Landesregierung



Zum Verständnis der Informationen auf Seite 8 drucken wir zunächst hier ein Interview mit der Sozialministerin Katrin Altpeter ab.

Baden-Württemberg

Ministerin Altpeter: "Der Aktionsplan kommt"

Im Interview outet sich Baden-Württembergs Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) als "unrettbare Hete" und verspricht, den "Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte" nicht wie den Bildungsplan zu verschieben.

Von Andreas Zinßer

Noch ist er nicht offiziell beschlossen, doch die "Stuttgarter Nachrichten" und seine Gegner von AfD bis "Demo für Alle" verbreiteten bereits vorab einen durchgesickerten Entwurf ([PDF](#)) des "Aktionsplans für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg". Erwartungsgemäß sorgte die recht umfassende Ideensammlung von grün-roter Landesregierung und LGBT-Verbänden im rechts-konservativen Lager für öffentliche Empörung - vor allem über Punkte, deren Umsetzung gar nicht angedacht sind ([queer.de berichtete](#)).

Weder die Tageszeitung noch die Oppositionsparteien sahen sich jedoch veranlasst, sich mit dem Inhalt des Papiers zu beschäftigen oder gar die Urheber zu befragen. Unser Autor Andreas Zinßer wollte Fakten statt Polemik und traf sich mit Baden-Württembergs Arbeits- und Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) im Landtag in Stuttgart.

Zur Umsetzung des Landesaktionsplans sind im Staatshaushaltsplan 2015/2016 ein Etat von einer halben Million Euro vorgesehen ([queer.de berichtete](#)).

Frau Altpeter, wollen Sie tatsächlich 2016 abgewählt werden?

Nö. Ich finde, da gibt es 0,00 Grund dazu! Wir haben nach 60 Jahren in vier Jahren mehr bewegt als unsere Vorgänger in Jahrzehnten.

Bei der kürzlich abgehaltenen "Demo für Alle" bezeichnete Christoph Schwarzwimmer von Evangelischen Arbeitskreis in der CDU (EAK) den durchgesickerten "Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg" als "Abwahlplan"...

Quatsch! Da werden erstens wieder Dinge als Tatsachen hingestellt, die noch gar nicht beschlossen sind. Zweitens ist es einer der schwierigsten Punkte in der Politik, mit den Ängsten der Menschen korrekt umzugehen. Blöde Sprüche wie dieser überbrücken doch nur Angst und Unsicherheit. Das Schlimmste dabei ist, dass dort so getan wird, als wären die Grünen und Roten Erfinder von nichtheteronormativen Menschen. Und als ob das Vorhaben eines solchen Aktionsplans hinter verschlossenen Türen plötzlich beschlossen und nicht etwa schon fast vier Jahre für jeden offen im Koalitionsvertrag vereinbart wäre.

Aber was bringt Menschen wie Birgit Kelle dazu, sich so sehr zu wehren gegen Maßnahmen wie beispielsweise die Schaffung einer Diversity-Management-Stelle in den Landesministerien? Etliche Weltkonzerne haben das schon lange...

Ich glaube, dass da eine diffuse Angst der Menschen aufgegriffen und systematisch ausgenutzt wird. Diese Frau behauptet ja auch allen Ernstes, heterosexuelle Menschen bräuchten demnächst eine Erlaubnis für ihre Sexualität.

Verbreitet wird auch, Projekte wie der Aktionsplan seien durch alles unterwandernde Homo-Lobbygruppen initiiert. Wie viel "Lobbyarbeit" steckt wirklich im Aktionsplan?

Wir haben ja in der Landesregierung das Credo des "Gehört-Werdens". Im Juni 2012 begannen wir einen sehr breiten Beteiligungsprozess. Zunächst haben uns in einer Onlinebefragung rund 2.300 Menschen ihre Erlebnisse und Erfahrungen mit LSBTTIQ geschildert - auch ihre Ängste. Wir haben in allen vier Regierungsbezirken regionale Konferenzen abgehalten. Parallel gründeten



wir einen Beirat, in dem sind die Ministerien, aller vier im Landtag sitzenden Fraktionen und 13 Vertretungen aus dem landesweiten Netzwerk LSBTTIQ, den kommunalen Landesverbänden, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Aids-Hilfe und dem Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg vertreten - das Landesnetzwerk LSBTTIQ ist nur eine Stimme unter vielen.

Ergebnis ist nun diese Maßnahmensammlung, deren Umsetzbarkeit in den Ampelfarben dargestellt werden: Rot steht dabei für nicht durchführbare Maßnahmen, Gelb für solche, die wir im Beirat nochmals diskutieren, Grün, für solche, die mach- und finanzierbar sind.

Fast ein Drittel der angedachten Maßnahmen stehen auf Rot. Selbst die Forderung "Kirchen dazu aufrufen, keine Diskriminierungen gegenüber LSBTTIQ-Menschen durchzuführen"...

Es ist in der Tat nicht so, dass es sich bei den roten Maßnahmen um die härtesten Baustellen handelt. Darunter sind viele, die wir gar nicht umsetzen können, weil wir beispielsweise nicht zuständig sind. Ich kann ja die von Ihnen angesprochenen Diversity-Stellen in Landesministerien einrichten, nicht aber den Kirchen vorschreiben: "Schmeiß doch bitte nicht deine schwulen Pfarrerrpaare aus dem Pfarrhaus". Das Netzwerk LSBTTIQ will natürlich, dass gerade auch die roten Maßnahmen dokumentiert werden.

Was in welcher Form in den Aktionsplan kommt und was auf andere Art dokumentiert wird, ist noch nicht abschließend entschieden. In diese Entscheidung möchten natürlich auch die Regierungsfraktionen eingebunden werden.

Queere Gottesdienste, die bei Ihnen auf Rot stehen, gibt es übrigens bereits.

Da wissen Sie mehr als ich, aber ich bin halt eine "unrettbare Hete". Sind die denn offiziell?

Nur bei der Metropolitan Community Church, bei den Landeskirchen sind es Veranstaltungen der nicht offiziellen "Homosexuelle und Kirche"-Gruppen. Können Sie als "unrettbare Hete" denn die "Argumente" aus dem konservativen Milieu verstehen? Wem schadet es denn, wenn bei Menschenrechtsaktivitäten des Landes LSBTTIQ mitgedacht werden, wie ein Punkt

des Aktionsplans fordert?

Verstehen wäre zu viel gesagt. Ich denke, dahinter verbergen sich Ängste und Unsicherheiten bestimmter Menschen: Kommt jetzt das Sündenbabylon? Normiert nicht mehr die Mehrheit? Ich glaube nicht, dass diese Ängste begründet sind. Umso eher sehe ich es als Zeichen, dass man diese Thematik aufgreifen muss. Man muss darüber reden und Vielfalt Teil der Gesellschaft werden lassen. Gerade dann, wenn die Ängste so diffus sind.

Bei der zurückgestellten Änderung der Bildungspläne wurden diese Ängste gehört. Können Sie uns nachvollziehbar begründen, warum eine Handvoll Demos mit wenigen hundert Teilnehmern dazu führen konnte, dass die Änderung des Bildungsplans verschoben wurde?

Das hat sicher bei solchen Punkten wie dem Bildungsplan damit zu tun, dass Vielfalt auch Ausgewogenheit bedeutet. Unser Entwurf war vielleicht nicht ausgewogen genug. Dennoch haben wir Haltung gezeigt. Überarbeitung des Entwurfs: ja; ihn aufgeben: nein. Tragisch war die Aufmerksamkeit, die diese Demos bekommen haben. Da wurden Leute aus der ganzen Republik angekarrt, und es sah aus, als wäre das Ländle auf der Straße. Davon angeregt wurde ich u.a. schriftlich gebeten, der "Verschwulung der Gesellschaft" Einhalt zu gebieten.

Es gab also starken nicht-öffentlichen Widerstand?

Stark würde ich nicht sagen. Ich bekam schon viele Briefe. Das ist aber auch bei anderen Vorhaben so: Überall, wo wir Veränderungen herbeiführen wollen, die Bewegung von den Menschen erfordert - und sei es nur geistige - stoßen wir auf Widerstand, weil ein jeder Mensch sich in seinen Nischen einrichtet.

Sehr viele Maßnahmen sind eindeutig Gebote des gesunden Menschenverstands. Verstehen Sie, warum gerade die "Partei des gesunden Menschenverstandes" so laut dagegen zetert?

Sie meinen die, die ehemals den Ministerpräsidenten stellte?

Nein, ich meine die, die sich selbst als "Alternative" anpreist...

Sorry, das ist für mich keine Partei! Man kann



sicherlich unterschiedlicher Meinung sein, wenn aber offensichtliche Nazi-Begriffe wie "Lügenpresse" reanimiert werden, sagt das alles über deren Demokratieverständnis aus. Ihre vermeintlichen Argumente sind auch in dieser Frage jenseits des guten Menschenverstandes - übrigens ebenfalls jenseits des christlich geprägten Menschenbildes. Selbst wenn das die alten Eliten, die sich da als harte Minderheit sammeln, nicht wahrhaben wollen.

Wird der Aktionsplan als Paket im Landtag zur Abstimmung gestellt werden oder sind nur einzelne Maßnahmen zustimmungspflichtig?

Der Aktionsplan ist eine Maßnahme der Landesregierung, d.h. am 22. April tagt der Beirat ein letztes Mal und es wird nochmals besprochen, wie wir mit den Maßnahmen auf Gelb und Rot umgehen wollen. Jetzt wird mein Ministerium den Aktionsplan ins Kabinett einbringen. Das müssen wir, weil es auch um Geld geht. Danach geht es dann an die Umsetzung.

Sie sagen mir also hier und heute zu, dass die Landesregierung beim Aktionsplan nicht einknicken und ihn sicherheitshalber in eine eventuelle zweite Amtszeit verschieben wird?

Das sage ich Ihnen zu! Der Aktionsplan kommt, da gibt es kein Verschieben. Natürlich sind nicht alle Maßnahmen sofort umsetzbar, schon allein finanziell nicht. Ich kann Ihnen aber vorab schon sagen, dass wir planen, den Aktionsplan beim diesjährigen CSD-Empfang im Neuen Schloss zu präsentieren. Und dann feiern wir, dass die Wählerschaft im Ländle endlich bekommt, womit sie uns beauftragt hat: ein offenes, vielfältiges und buntes Land.

Quelle:

http://www.queer.de/detail.php?article_id=23622&pk_campaign=LSVD

VelsPol-BW - Vorstandsinfo

VelsPol-BW ist seit Jahren im Beirat der Landesregierung zur Erstellung eines Aktionsplanes für Akzeptanz und gleiche Rechte vertreten. *Landesvorsitzender* Thomas Ulmer hat am Mittwoch (22.04.2015) an der außerordentlichen Sitzung aller Ministerien teilgenommen. Nachstehende Information war zunächst nur für die Vorstandsmitglieder bestimmt, aber nachdem auch diese Informationen durch eine Person des Beirates an die Schwäbische Zeitung weitergegeben wurden können Teile des E-Mails veröffentlicht werden.

E-Mail – Vorstandsinfo:

„Heute hat sich der Beirat des LSBTTIQ-Netzwerkes zum Aktionsplan zu einer außerordentlichen Sitzung getroffen. Eine sichtlich angeschlagene Sozialministerin hat darüber berichtet welchen Anfeindungen sie und ihr Ministerium in den letzten Wochen von Seiten den „Besorgten Eltern“, der AfD und der Netzcommunity in Facebook ausgesetzt war.

Hintergrund ist eine Indiskretion im Beirat (vermutlich aus einem Ministerium oder einer Oppositionspartei) hier wurde das letzte Beiratsprotokoll einschließlich der bewerteten Maßnahmen der Ministerien der Presse zugespielt und im Internet veröffentlicht.

Folge dieses Lecks ist nun, dass wir kein Protokoll mehr erhalten und auch nicht mehr darüber informiert werden was letztendlich in der Kabinettsvorlage des Aktionsplanes geschrieben steht. Eine weitere Folge ist, dass die Kabinettsvorlage auf Mai vorgezogen wird und der Aktionsplan vermutlich zum CSD-Empfang im Neuen Schloss der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Für uns bedeutet dies, dass Maßnahmen die den Polizei- oder Justizbereich betreffen im Aktionsplan so gut wie nicht in Erscheinung treten.

23.04.2015 (Aktualisiert 08:08 Uhr)

[Klaus Wieschemeyer](#)

"Die Kritiker müssen nun einfach warten"

Baden-Württemberg will mit einem Aktionsplan die Diskriminierung sexueller Orientierungen beenden - und stößt auf Widerstand.

Stuttgart sz **Zum Schluss bemühte sich Katrin Altpeter um Deeskalation: Populismus sei in der Sache „nicht hilfreich“, schärfte Baden-Württembergs Sozialministerin am Mittwochnachmittag den Anwesenden des Aktionsplan-Beirats ein. Beschimpfungen und Beleidigungen würden dem „Aktionsplan für Toleranz & gleiche Rechte“ nicht guttun, beschwor sie bei der letzten Abschlusssitzung des Gremiums.**

Die Sorge ist begründet: Nach dem monatelangen Streit um den schulischen Bildungsplan in Baden-Württemberg schießen sich die Gegner nun auch auf den geplanten „Aktionsplan“ ein. Einen ersten Vorgeschmack erlebte Altpeter im März, als Demonstranten nicht mehr nur ihrem Minister- und Parteikollegen [Andreas Stoch](#) vom Schulressort Zwangssexualisierung von Kindern vorwarfen, sondern auch

ihr. Die AfD sprach gar von „Gender-Feldzug“, der vom „orwellschen Wahrheitsministerium“ der Ministerin organisiert werde. Da die AfD zu dieser Tirade auch noch eine interne Ideensammlung aus dem Ministerium mitlieferte, sah sich Altpeter zu Tempo gezwungen. Sie verlegte die eigentlich für Juni geplante Beiratssitzung sechs Wochen nach vorne.

„Angstfreie Bildung“ als Ziel

Tatsächlich birgt das von der [AfD](#) verteilte Papier zum Aktionsplan reichlich Stoff für Kritik und Ängste: Und während der Bildungsplan sich nur auf die Schule konzentriert, geht es beim „Aktionsplan“ gleich um die gesamte Lebenswelt, und ausdrücklich auch um „angstfreie Bildung“. Wo die Bildungsplangegner sich nur auf ein verunglücktes Arbeitspapier stützen können, gibt es beim Aktionsplan gleich eine ganze Liste von Maßnahmen, die schwer nach Verbot und Bevormundung riechen.

Er könnte wenige Monate vor der [Landtagswahl](#) zu einer neuen Erregungswelle über angebliche grün-rote Umerziehung führen. Es wäre ein „Bildungsplan 2.0“, der das Land spaltet. Dabei betont die Regierung bereits im Koalitionsvertrag von 2011, dass es ihr darum vor allem geht, Baden-Württemberg ein tolerantes Gesicht zu geben.

Zwölf LSBTTIQ-Vertreter

Der Aktionsplan, an dem Altpeter seit 2012 sitzt, soll dieses Versprechen einlösen. Eine Million Euro stehen bis 2016 im Haushalt bereit, alle Ministerien sind zur Mitarbeit aufgerufen. „Da der Aktionsplan als Querschnittsaufgabe angelegt ist, werden alle Ressorts selbstverständlich weiterhin angehalten, Maßnahmen aus dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich aus eigenen Haushaltsmitteln zu finanzieren“, heißt es in einem internen Protokoll.

Jedes Ministerium hat einen Sitz im 32-köpfigen Beirat, der Ideen für mehr Toleranz sammeln sollte. Dazu kamen Gesandte der vier Landtagsparteien, wichtiger Verbände und allein zwölf Vertreter vom „Netzwerk LSBTTIQ“ – einem Dachverband von etwa 70 Gruppen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen im Land repräsentieren. Die Begrifflichkeiten umfassen eine „Community“, die eigenen Angaben zufolge „gegen uralte Geschlechternormierungen“ verstoßen. Was sich genau hinter den verschiedenen Begriffen versteckt, darüber will das Sozialministerium künftig mit einer „Fibel der kleinen Unterschiede“ informieren.

Die Kirchen waren übrigens nicht in den Beirat geladen. Und so ist es wohl auch zu erklären, dass sich in der

Maßnahmensammlung Ideen wie „queere Gottesdienste“ oder „keine Auftragsvergabe an diskriminierende Institutionen wie Kirchen“ finden. Es sind nicht die einzigen kuriosen Vorschläge: So schlägt der Beirat eine „LSBTTIQ-Quote beim Südwestfunk“ vor. Zudem die Streichung von Fördergeldern für Hochschulen, „die ein veraltetes Menschenbild lehren“, Sanktionen für „homophobe Medieninhalte“ oder die Aufnahme neuer Geschlechtsangaben im Personalausweis.

Neue Spiele für den Kindergarten

Alles Dinge, die nicht umgesetzt werden, beruhigt Altpeters Sprecher Helmut Zorell. Tatsächlich sind die Vorschläge in einem internen Ampelsystem auf „Rot“ gestellt. Das bedeutet, das Land will oder kann sie nicht umsetzen. Weitere Ideen stehen auf Gelb - müssen also nochmal besprochen werden: Dort finden sich unter anderem die „Anpassung von Büchern und Spielen“ im Kindergarten oder „Verpflichtende Schulungen“ für Personalchefs.

Chancen auf Umsetzung haben aber wohl nur die Projekte, die schon auf „Grün“ stehen. Tatsächlich werde die grün-rote Landesregierung am Ende lediglich ein Paket von „15 bis 20“ Maßnahmen der etwa 200 eingereichten Ideen umsetzen, sagt Ministeriumssprecher Helmut Zorell.

Welche, das werde nach Abschluss der Beiratsarbeit in Abstimmung mit den anderen Landesministerien entschieden. Im Juli soll die endgültige Liste vorliegen. „Die Kritiker müssen nun einfach warten, bis der Plan auf dem Tisch liegt“, sagt Zorell. Was er nicht bestätigt: Andere Häuser haben Vorbehalte: „In den Ministerien gibt es eine sehr unterschiedliche Bereitschaft, den vorgeschlagenen Maßnahmen Folge zu leisten“, sagt ein Beteiligter.

Bedenken in Ministerien

Offen mag sich niemand äußern, doch hinter vorgehaltener Hand werden Bedenken geäußert: Bei der letzten Beiratssitzung im Januar enthielt sich das Justizministerium bei fast jeder Abstimmung. Auch Gemeindetag und Landkreistag äußerten Bedenken: Man sehe „Schwierigkeiten, wenn bei einigen Maßnahmen das Land Empfehlungen zur Umsetzung von Maßnahmen ausgibt“, ohne diese bezahlen zu wollen, heißt es im Protokoll. Übersetzt: Die Städte und Gemeinden wollen nur dann neben den Frauen- und Behinderten- auch noch LSBTTIQ-Beauftragte, wenn das Land bezahlt. Ob die Themen vom Tisch sind, soll bis zur Präsentation des Plans offen bleiben. Präsentieren will Altpeter die Ergebnisse übrigens zu einem passenden Anlass, verriet sie am Dienstag bereits dem schwul-lesbischen Magazin „Queer“: Ende Juli

beim Empfang zum „Christopher Street Day“ im Stuttgarter Neuen Schloss.

Bildungsplangegner fürchten, dass nach dem Gegenwind für den Bildungsplan die „Gender-Ideologie“ nun über den Umweg des „Aktionsplans“ Einzug hält an den Schulen: Tatsächlich finden sich zahlreiche Vorschläge zur „Schaffung eines diskriminierungsfreien Schulalltags“ im grünen Bereich der Maßnahmensammlung: Unter anderem „LSBBTIQ als Projektarbeit in den Schulalltag integrieren“, „Überarbeitung der Lehrmaterialien und Unterrichtsbeispiele, insbesondere Schulbücher“ oder „Handreichung zu LSBBTIQ-Themen an Schulen“. Allein diese Auflistung dürfte reichen, um den Blutdruck der Gegner wieder steigen zu lassen.

Entspannung beim Bildungsplan

Dabei herrscht gerade Entspannung an der Bildungsplanfront: Erst am Montag stellte SPD-Schulminister Stoch auf Nachfrage des CDU-Abgeordneten Ulrich Müller klar, dass das „Bekenntnis zu Menschenwürde, christlichem Menschenbild sowie dem besonderen Schutz von Ehe und Familie“ weiter Grundlage der Arbeit an Baden-Württembergs Schulen bleibe, egal ob mit oder ohne Bildungsplan.

Stoch stellt auch klar, dass der Aktionsplan aus Altpeters Haus

„keinen unmittelbaren Einfluss“ auf die Ausgestaltung der Bildungspläne habe. Der Bodensee-Abgeordnete Müller gibt sich beruhigt ob dieser Klarstellung. Auch sonst wirkt Stoch immer wieder dem Eindruck entgegen, die Arbeitsgruppe im Sozialministerium habe viel mit seinem Haus zu tun. Erst in der vergangenen Woche sagte der Minister im Interview: „Der Bildungsplan hat mit dem Aktionsplan nichts zu tun, das sind zwei unterschiedliche Arbeitsfelder.“

Im Gespräch bleiben

Das stimmt zwar. Eine gewisse Nähe beider Themenbereiche gibt es aber trotzdem - sogar räumlich. Als der Aktionsplansbeirat des Sozialministeriums Ende Januar zur Sitzung zusammenkam, traf man sich in Stuttgart in einem Nebengebäude des Schulministeriums. Stochs Ministerialdirektor begrüßte die Teilnehmer und stellte klar, dass das „Kultusministerium auch weiterhin im Gespräch mit dem Netwerk LSBBTIQ bleiben“ wolle.

Redaktion	Thomas Ulmer, Karen Seiter, Tobias Lingner, Leo Buri	
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	



Bundesseminar 2015

Wie bereits schon mehrfach angekündigt findet das Bundesseminar 2015 in diesem Jahr an der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster (NRW) statt. Die Anmeldung zur Teilnahme und Informationen zum Programm werden demnächst veröffentlicht.



BUNDESSEMINAR 2015
an der Deutschen Hochschule für Polizei - Münster
17. - 20.09.2015

VelsPol-Deutschland Vorstand

Auf dem Verbandstag 2014 in Berlin wurde der VelsPol-Deutschland Bundesvorstand neu gewählt. Der Bundesvorstand besteht wieder aus fünf gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern. Neu gewählt wurde Johannes Träumer von VelsPol-BY und Maik Exner-Lamnek von VelsPol-MV. Im Amt bestätigt wurden Karen Seiter (VelsPol-BW), Marco Klingberg (VelsPol-B-B) und Thomas Ulmer (VelsPol-BW) der wieder die Funktion `Bundesvorsitzender` übernommen hat.



VelsPol-BW Mitgliederversammlung

Auch in Baden-Württemberg wurde neu gewählt. Auf der Mitgliederversammlung im März wurde das gesamte Vorstandsteam im Amt bestätigt.



Reihe oben vlnr: Karen Seiter, Tobias Lingner
Reihe unten vlnr: Leo Buri, Thomas Ulmer

AgL – Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Polizei

Nach einem Beschluss der Polizeichefrunde werden jetzt nach und nach AgL bei der Polizei eingesetzt bzw. berufen.

Bereits im Januar 2014 wurden AgL beim PP Freiburg berufen gefolgt vom PP Ulm und Stuttgart. Demnächst steht die Berufung beim PP TUT und LB heran. Beim PP LB nimmt die Kollegin Seiter diese Aufgabe schon seit Jahren ohne Berufung wahr. Bei den PP`en KN, KA und beim LKA wurden die Stellen zur Bewerbung teilweise ausgeschrieben.

Interviewpartner_innen gesucht

Liebe Mitglieder des VelsPol,

wir sind zwei Forscherinnen (einige von Ihnen haben Prof. Dr. Tatjana Zimenkova von der TU Dortmund bereits bei der EGPA Konferenz in Berlin in Juni 2014 kennengelernt; Frau Dr. Verena Molitor ist eine Kollegin von der Universität Bielefeld), die ihre Arbeit sehr faszinierend finden und gerne ein Forschungsprojekt mit und für VelsPol durchführen wollen und dafür ihre Unterstützung brauchen.

Wir wollen Interviews durchführen, um herauszufinden,

- welche (eventuell nicht offen liegende) Diskriminierungserfahrungen die Beamtinnen und Beamten in ihrem Arbeitsalltag machen;
- wie sie mit anderen Institutionen außerhalb der Behörde kommunizieren und wieso einige Kontakte besser und andere weniger gut funktionieren (z.B. ist die Zusammenarbeit mit Schwulen- und Lesbenberatungen gut? Wo liegen die besonderen Herausforderungen?);
- wie sichtbar ist VelsPol und seine Arbeit nach außen und nach innen (z.B. sieht die Behörde, dass die Teilnahme der VelsPol am CSD nicht nur ein Ausdruck der Rechte der VelsPol- Mitglieder ist, sondern auch als eine Image-Kampagne der Behörde gelten kann? Wird das wahrgenommen? Oder bleiben die VelsPol Aktivitäten für viele in der Behörde sowas wie „Privatvergnügen“?);
- Besonderheiten der Organisation (Vergleich der unterschiedlicher Bundesländer: welche Faktoren sind entscheidend dafür, dass

einige Landesverbände sehr aktiv sind, und die anderen weniger; das einige Bundesländer keine Verbände haben; aber auch Vergleich zu anderen Ländern, wie z.B. Niederlande: was läuft bei anderen besser? Was könnte man hierzulande verbessern?).

Wir hoffen, strukturierte Antworten auf diese Fragen geben zu können, um eventuell einige Vorschläge für den Arbeitsalltag ihrer Organisation zu entwickeln und in Workshops mit anderen Expert_innen weitere Strategien gegen die Diskriminierung, für die bessere Zusammenarbeit mit andern Organisationen und für die Sichtbarkeit von VelsPol zu erarbeiten.

Welche Unterstützung brauchen wir? Kein Geld ☹️ wir dürfen innerhalb unserer Stellen „freie“ Forschung zu wichtigen Themen betreiben, und das ist VelsPol für uns. Wir wollen gerne möglichst viele Interviews mit Ihnen führen zu den oben genannten Themen (anonymisierte Interviews, die wir digital aufzeichnen und transkribieren; die vollen Texte bleiben nur bei uns und werden nicht weitergegeben, wir benutzen in unseren Arbeit nur anonymisierte Zitate aus den Interviews).

Falls Sie bereit sind, mit uns ein Interview zu führen, bitte schreiben Sie uns eine E-Mail an:

verena.molitor@uni-bielefeld.de oder
tatiana.zimenkova@tu-dortmund.de.

Wie vereinbaren ein Termin (telefonisch oder „offline“, liegt ein wenig an der Entfernung, oder vielleicht per Skype?)

Falls Sie mehr über uns erfahren wollen, hier die Links zu unseren Homepages:

<http://ifpp.fk14.tu-dortmund.de/cms/ifpp/de/personen/professoren/zimenkova.html>

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/molitor/>

Viele Grüße,

Tatiana Zimenkova und Verena Molitor

Stammtisch

Unser Stammtisch findet regelmäßig im Restaurant `Tauberquelle` in Stuttgart, Torstraße 19 statt. <http://www.tauberquelle-stuttgart.de/index.php?index>

TAUBERQUELLE

schwäbisch urig!

Über uns | Speisen und Getränke | Tagesessen | Kontakt | Impressum

Home

Willkommen!



Herzlich Willkommen in unserem alten Gemäuer in der Mitte von Stuttgart. Tauberquelle - das urig schwäbische Lokal, das bereits seit 1879 im Adressbuch der Stadt Stuttgart in der Torstraße 19 / Ecke Nesenbachstraße zu finden ist. Altschwäbisch-vertraut. Unser Anliegen ist es, die Gastlichkeit wie in alten Zeiten zu pflegen. Großmutter's Rezepte und die Wahl ihrer Zutaten haben den Weg in unsere Töpfe gefunden. Jedes scheinbar noch so einfache Essen wird mit viel Liebe und Sorgfalt in unserer Küche zu etwas Besonderem zubereitet.

Restaurant Tauberquelle

Torstraße 19, 70173 Stuttgart-Mitte
Tel. 0711 - 55 32 933
Mo - Sa: 11:30 bis 24 Uhr,
durchgehend warme Küche bis 22.30 Uhr

 Aktuell 

Vom 07.08. - 10.08.2014 können Sie uns auch auf dem Stuttgarter Sommerfest besuchen.
Stand Nr. 23 vor dem Schauspielhaus.

Gerne richten wir auch für Sie in Ihren Räumen oder in Eventlocations Feste und Feierlichkeiten wie Hochzeiten, Firmen- Jubiläum, Messe und Firmen Catering für Sie aus.
Unsere langjährige Erfahrung, umfangreiches Equipment und die Zusammenarbeit mit Künstleragenturen werden auch Sie begeistern.



Stammtisch

08.05.2015
05.06.2015
03.07.2015
07.08.2015
04.09.2015
02.10.2015
06.11.2015

04.12.2015 (Weihnachtsmarkt)

Veranstaltungen

22.06.2015 CSD-Empfang der
Landesregierung
17.07.2015 CSD-Gala
21.07.2015 VelsPol-
Kulturveranstaltung
23.07.2015 VelsPol-
Kulturveranstaltung
25.07.2015 CSD-Parade
26.07.2015 Hocketse mit VelsPol-
Infostand